

TOP 3.4.1 Die Zukunft der Elementarbildung - Gemeinsames Positionspapier der Sozialpartner und der IV

Abt.: Frauen-Familie; Bildungspolitik

Ausgangslage

Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung bekennen sich zur großen Bedeutung der elementaren Bildung. Sie verstehen Lernen als Prozess, der mit der Geburt beginnt und lebenslang dauert. Studien zeigen, dass elementare Bildungseinrichtungen eine Schlüsselfunktion für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem haben. Entscheidende Weichen für den späteren Bildungsverlauf werden bereits vor dem Eintritt in die Schule gestellt. In Österreich wird das (Aus)Bildungsniveau der Eltern in besonders hohem Ausmaß vererbt. Im Sinne der Chancengerechtigkeit müssen in Österreich qualitativ hochwertige Kinderbildungseinrichtungen flächendeckend verfügbar sein.

Investitionen in qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung bringen vielfältigen individuellen Nutzen. Empirisch belegt sind positive Effekte frühkindlicher Förderung auf:

- kognitive Fähigkeiten des Kindes (Sprechen, Lesen, Schreiben, Mathematik, IQ)
- Lernbereitschaft und Lernfreude des Kindes
- Schulerfolg des Kindes (geringere Wahrscheinlichkeit des Bildungsabbruchs)
- Sozialverhalten des Kindes (soziale Integration, Frustrationstoleranz)

Der internationale Vergleich dokumentiert Handlungsbedarf für Österreich. So wird das 2002 vereinbarte EU-weite Barcelona-Ziel in der Kleinkindbetreuung (0 bis 3) einer Betreuungsquote von 33 Prozent weiterhin deutlich verfehlt (Österreich: 25 Prozent).

Aus diesen Gründen haben die Sozialpartner das Positionspapier „Die Zukunft der Elementarbildung in Österreich“ erarbeitet, das am 23. September im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz vorgestellt wurde. An der Pressekonferenz teilgenommen haben Rudi Kaske, Renate Anderl, Georg Kapsch, Christoph Leitl und Elisabeth Leitner vom Ländlichen Fortbildungsinstitut für die LWK.

Inhalte und Forderungen

Die Sozialpartner und die IV einigten sich auf 10 konkrete Punkte:

1. Elementarbildung in Bundeskompetenz
2. Aus 9 mach 1 – ein Bundesrahmengesetz für elementare Bildungseinrichtungen
3. Flächendeckendes Angebot mit umfassenden Öffnungszeiten
4. Fortsetzung der Bundesförderung und laufenden Finanzierung nach Leistungserbringung
5. Qualifizierungsschub in der Ausbildung
6. Ganzheitliches Lernen und Fördern
7. Mehr Diversität
8. Erfolgreicher Übergang in die Schule ohne „Brüche“
9. Systematische Qualitätssicherung
10. Elternarbeit stärken und ausbauen

Zu jedem dieser Punkte gibt es einen kurzen Problemaufriss und konkrete Maßnahmen. In den Forderungskatalog konnten alle für AK und ÖGB relevanten Punkte aufgenommen werden. Als Zeitpunkt der Pressekonferenz wurde September 2015 gewählt, damit noch viele der gestellten Forderungen von der Bildungsreformkommission aufgenommen werden können.

Aus Sicht der AK sind insbesondere ein ausreichendes Angebot, die Bundeskompetenz mit einheitlichen Standards (inkl. 2. verpflichtendes Kindergartenjahr) und die Sicherung der Finanzierung dringende Anliegen.

Weitere Schritte

Die AK wird am 27. Oktober im Rahmen einer Pressekonferenz eine beim KDZ beauftragte Studie präsentieren, in der konkrete Vorschläge zur Abdeckung der laufenden Kosten der Elementarbildung im Rahmen des Finanzausgleichs gemacht werden. Diese sollen dann in Diskussion um die Reform des Finanzausgleichs eingebracht werden.

Am 17. November soll die Reformarbeitsgruppe Bildung ihre Vorschläge präsentieren. Ob und in welcher Form die Elementarbildung dabei Berücksichtigung findet, ist noch nicht abschätzbar.

Weiters wurde eine Studie zu den Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung erstellt. Auf dieser Basis soll in einem Workshop mit den beteiligten Länderkammern NÖ, Kärnten und Tirol sowie den Fachgewerkschaften ein detailliertes Forderungsprogramm erarbeitet werden. Dieses soll gemeinsam mit der Studie präsentiert werden.